

08.09.2020

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Lehrkräfteversorgung sicherstellen: Möglichkeiten der passgenauen Lehrerausbildung nutzen

I. Ausgangslage

Die Verbesserung der Lehrkräfteversorgung ist für die NRW-Koalition eine elementar wichtige Aufgabe. Unmittelbar mit Übernahme der Regierungsverantwortung wurde durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu einer spürbaren und stetigen Verbesserung der Situation beigetragen. So haben bis 15.2.2020 418 Lehrkräfte für das Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen (Sekundarstufe II) das Angebot angenommen, für zwei Jahre an einer Grundschule zu arbeiten. Die Maßnahme, Sek II-Lehrkräften an S I-Schulen eine Laufbahnwechselgarantie anzubieten, hat bereits zu 178 Arbeitsverträgen geführt. 1.058 Pensionäre setzen ihre Tätigkeit im Schuldienst fort bzw. haben diese wiederaufgenommen. Seit 2017 konnten insgesamt in allen Schulformen 2.736 Seiteneinsteiger für den Schuldienst gewonnen werden.

Zudem haben die Landesregierung und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Studienplatz-Offensive im November 2019 für die Lehrkräfte von morgen vereinbart und schaffen im pädagogischen Bereich 1.000 zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. In den vier Bereichen Grundschullehramt, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik können damit allein in den nächsten fünf Jahren bis zu 5.000 Studierende zusätzlich ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule beginnen. Der Ausbau der Studienplätze in der Pflegepädagogik startete bereits im Wintersemester 2019/20, in den übrigen drei Bereichen ab dem Wintersemester 2020/21. Mit dieser Entscheidung tragen die Landesregierung und die Hochschulen dem dringenden Fachkräftebedarf in den vier Bereichen sowie der jüngsten Lehrkräftebedarfsprognose für Nordrhein-Westfalen Rechnung. Die notwendigen Mittel in Höhe von rund 115 Millionen Euro bis 2025, die für den dauerhaften Ausbau der zusätzlichen Studienplatzkapazitäten notwendig sind, werden gemeinsam vom Land und den beteiligten Hochschulen bereitgestellt. Im Grundschullehramt werden damit dauerhaft 300 weitere Bachelor-Studienplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze eingerichtet. Damit haben Land und Hochschulen seit Beginn der Legislaturperiode im Grundschullehramt insgesamt knapp 700 neue Plätze geschaffen und dauerhaft eingerichtet. Im Lehramt für sonderpädagogische Förderung (Lehrkräfte an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen) werden die Kapazitäten um weitere 500 Bachelorplätze und später aufwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze erweitert. Bereits 2018 waren in der Sonderpädagogik 250 zusätzliche Plätze geschaffen bzw. gesichert worden.

Die bisherigen Maßnahmen haben sich auf verschiedene Zielgruppen fokussiert, um jeweils zielgerichtete Maßnahmen zur Erhöhung des Beitrags dieser zur Unterrichtsversorgung zu erreichen. Ein weiteres Maßnahmenbündel sollte sich nun nochmals verstärkt an die sich in der Ausbildung zur Lehrkraft befindenden Personen richten.

Die erste Phase der Lehrerausbildung findet an den Universitäten des Landes in Form des Bachelor- und Masterstudiums statt. Die zweite Phase, der Vorbereitungsdienst, wird an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung sowie an deren jeweiligen Partnerschulen absolviert. In beiden Ausbildungsphasen gibt es mögliche bisher nicht ausgeschöpfte Potentiale, um für besonders leistungsstarke angehende Lehrkräfte den Weg in den Lehrerberuf zu verkürzen. Ebenso könnten Mechanismen angelegt werden, um noch stärker als bisher das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zwischen den verschiedenen Lehrämtern bzw. Schulformen anzugehen. So finden am Zentrum für LehrerInnenausbildung der Universität zu Köln, der größten Einrichtung dieser Art in Nordrhein-Westfalen, mehr als 25.000 Beratungen pro Jahr statt. In diesen wird u.a. im Rahmen einer Eignungsreflexion und der damit einhergehenden Verbesserung der Studieneingangsphase gezielt mit den Studierenden über die Wahl des Lehramtes und der Fächerkombination basierend auf eigenen Fähigkeiten und Interessen sowie den Studierernfordernissen und Berufsaussichten gesprochen.

Der 18 Monate dauernde Vorbereitungsdienst endet zum 30. April bzw. 31. Oktober. Jede Lehrkraft, die ihre zweite Staatsprüfung früher ablegen und damit eher in den Schuldienst übernommen werden könnte, wäre ein Gewinn. Leistungsstarke Referendarinnen und Referendare z.B. im Primarbereich könnten ggf. Unterrichtsbesuche am Ende dieser Phase bereits im Rahmen der zweiten Staatsprüfung ablegen. Dadurch fände das abschließende Kolloquium jeweils vor Ende des Schulhalbjahres statt und die Absolventinnen und Absolventen stünden den Schulen bereits zum beginnenden Schulhalbjahr zur Verfügung – ohne die Qualität der Ausbildung in Frage zu stellen. Alternativ könnten auch verbesserte Anrechnungen von Vortätigkeiten zu Verkürzungen des Vorbereitungsdienstes und schnelleren Einstellungen in den Schuldienst führen.

Grundlage aller weiteren Maßnahmen bleibt weiterhin die im April 2018 erstmals für einzelne Lehrämter und Fächer veröffentlichte und regelmäßig zu aktualisierende Lehrkräftebedarfsprognose. Diese wird im Rahmen einer breit angelegten Lehrerwerbe- und Informationskampagne gezielt zur Verbesserung der Lehrkräfteversorgung eingesetzt. So kann mit Rückkopplung auf eine fundierte Datengrundlage passgenau auf die Studier- und Einstellungsmöglichkeiten einzelner Lehrämter und Fächer hingewiesen und beraten werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Sämtliche bisherige wie auch noch umzusetzende Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrkräfteversorgung legen großen Wert auf die Sicherung der Qualität unserer Lehrkräfteausbildung.
- Die Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern ist gegenwärtig notwendig und sinnvoll, kann aber keine dauerhafte Lösung darstellen. Vielmehr ist auch mit Blick auf die Qualität eine bedarfsangepasste grundständige Ausbildung von Lehrkräften notwendig.
- Die Beratung von angehenden Lehrkräften sowohl vor Aufnahme des Studiums als auch in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unserer Lehrkräfteversorgung. Diese ermöglicht, dass den angehenden

Lehrkräften die Perspektiven und Berufsaussichten einzelner Lehrämter und Fächerkombinationen aufgezeigt sowie diese auf mögliche Alternativen hingewiesen werden.

- Durch die bisherigen Maßnahmenpakete der Landesregierung wurden bereits 596 Lehrkräfte der Sekundarstufe II an Schulen der Sekundarstufe I sowie temporär in der Primarstufe eingesetzt. Die notwendigen schul- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen, damit diese Lehrkräfte auf eigenem Wunsch dauerhaft an diesen Schulformen verbleiben können, wurden zwischenzeitlich im Rahmen des 15. Schulrechtsänderungsgesetzes sowie in untergesetzlichen Regelungen geregelt.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- zu prüfen, welche Beratungsangebote es an Hochschulen gibt, um den individuellen Bedürfnissen von Studierenden gerecht zu werden und so es auch bspw. leistungsstarken Studierenden zu ermöglichen, ihren Studienabschluss schnellstmöglich zu erlangen.
- zu prüfen, wie schulische Vortätigkeiten verstärkt auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden können.
- zu prüfen, ob ergänzend zu den mit dem 15. Schulrechtsänderungsgesetz bereits verabschiedeten niedrighschwelligigen Möglichkeiten des Erwerbs voller Lehramtsbefähigungen im Rahmen bereiter Haushaltsmittel zusätzliche, z.B. zweisemestrige Ergänzungsstudiengänge in gesuchten Lehrämtern an ausgewählten Hochschulen angeboten werden können und nachgefragt würden.
- zu prüfen, wie Steuerungsprozesse optimiert werden können, damit mehr angehende Lehrkräfte die zweite Ausbildungsphase in Regionen mit besonderem Einstellungsbedarf absolvieren.
- zu prüfen, inwiefern die bisherigen Maßnahmen zur berufsbegleitenden Vorbereitung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern besser an den Qualitätsstandards grundständig ausgebildeter Lehrkräfte insbesondere in pädagogischer Hinsicht orientiert werden können.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Petra Vogt
Frank Rock
Dr. Stefan Nacke

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Franziska Müller-Rech
Daniela Beihl

und Fraktion